

Rahmendokument

Vergabe der Reinigung am Förderschulzentrum Lichtenfels

Leistungszeitraum 01. September 2026 bis 31. August 2029

durch

Caritas gGmbH St. Heinrich und Kunigunde Bamberg

Kurzbezeichnung des Vergabeverfahrens: Caritas-SHR-2026



A. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Caritas gGmbH St. Heinrich und Kunigunde Bamberg, Obere Königstraße 4b, 96052 Bamberg (nachfolgend auch „Vergabestelle“ und „Auftraggeber“), vergibt einen Auftrag für Reinigungsleistungen an der von ihr betriebenen St. Katharina-Schule, Privates sonderpädagogisches Förderzentrum („SKS“), Eichenweg 16, 96215 Lichtenfels, und Maximilian-Kolbe-Schule, Privates Förderzentrum („MKS“), Eichenweg 16, 96215 Lichtenfels, im Zeitraum vom 01. September 2026 bis zum 31. August 2029. Die Gesamtfläche der Schule bzw. der zu reinigenden Flächen beträgt 5.419,51 qm. Die Vergabestelle bittet um Abgabe eines verbindlichen Angebots gemäß der auf dem Deutschen Vergabeportal (DTVP) veröffentlichten Auftragsbekanntmachung sowie auf Grundlage der hiesigen Vergabeunterlagen bis zum 19. Juni 2026.

B. Allgemeine Bestimmungen zum Ausschreibungsverfahren

I. Vergabestelle

Caritas gGmbH St. Heinrich und Kunigunde Bamberg
Obere Königstraße 4b
96052 Bamberg

Ansprechpartner:

RA Prof. Dr. Dr. Christoph Stumpf
CURACON Recht GmbH
Domstraße 17
D-20095 Hamburg
Tel: +49 40 1804 598-10
Fax.: +49 40 1804 598-15
E-Mail: Christoph.Stumpf@curacon-recht.de

II. Erfüllungsort

Förderschulzentrum Lichtenfels
Eichenweg 16
96215 Lichtenfels

III. Art der Auftragsvergabe

Die Verfahrensart ist eine öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO. Die Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung erfolgt am 26. Mai 2026 über das Deutsche Vergabeportal (DTVP).

III. Termine und Fristen

1. Angebotsfrist

Die Angebotsfrist läuft bis zum 19. Juni 2026, 23:59 Uhr

2. Angebotsöffnung

Die Angebotseröffnung erfolgt am 22. Juni 2026 um 10.00 Uhr.

3. Bindefrist

Die Bindefrist für das eingereichte Angebot beträgt sechs Wochen beginnend mit dem Ablauf der Angebotsfrist.

4. Frist für Fragen

Bieterfragen können bis zum 10. Juni 2026 gestellt werden.

Zu den weiteren Modalitäten siehe insofern sogleich Ziffer IV. 3.9

IV. Bewerbungsbedingungen

1. Geltung dieser Bewerbungsbedingungen

- 1.1. Bei der Vergabe von Leistungen nach der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) gelten die folgenden Bewerbungsbedingungen. Die Auftragsbekanntmachung oder die sonstigen Vergabeunterlagen können Abweichungen vorsehen und gelten vorrangig.
- 1.2. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben wendet der Auftraggeber die elektronische Vergabe an. Diese erfolgt grundsätzlich in zwei Schritten: Registrierung/Anforderung von Unterlagen und der Angebotsabgabe. Der Auftraggeber arbeitet mit dem Deutschen Vergabeportal (DTVP) zusammen, um eine bieterorientierte E-Vergabe durchzuführen. Informationen über den Anbieter der E-Vergabe Plattform und dessen Kontaktdaten erhalten Sie auf <https://www.dtv.de/>.

2. Einmalige Registrierung / Anforderung von Unterlagen

Als Bieter können Sie sich auf www.dtv.de kostenlos über die „Basic“-Variante für die E-Vergabe registrieren. Gehen Sie über die Schaltfläche „Bieter“ und „Registrierung“. Wenn Sie bei der kostenfreien „Basic“-Variante auf „registrieren“ gehen, gelangen Sie zur Registrierung mit Ihren Unternehmensdaten. Nach dieser Anmeldung können Sie sich alle aktuellen Ausschreibungen anzeigen lassen und sich die entsprechenden Ausschreibungsunterlagen herunterladen (öffentliche Ausschreibungen).

3. Angebotsabgabe und Kommunikation

- 3.1. **Jeder Bieter ist berechtigt ein Angebot abzugeben, sofern dieser an einer vorherigen Besichtigung des Gebäudekomplexes teilgenommen hat. Die Besichtigungen können werktags in den Zeitraum vom 08.06.2026 bis 18.06.2026 unter Terminabsprache nachmittags durchgeführt werden. Die Besichtigungstermine werden unter Wahrung des Geheimwettbewerbs gesondert pro Bieter durchgeführt. Bitte kontaktieren Sie den Auftraggeber zwecks Vereinbarung eines Besichtigungstermins über die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals.**
- 3.2. Grundsätzlich werden nur elektronisch in Textform eingereichte Angebote gewertet. Die Angebote sind dazu ausschließlich über das Deutsche Vergabeportal (DTVP) einzureichen. Die Abgabe der Angebote per Post, Fax oder E-Mail kann nur ausnahmsweise durch die Auftraggeberin noch zugelassen werden
- 3.3. Elektronische Angebotsabgabe: Rufen Sie im Projektraum der entsprechenden Ausschreibung den Punkt „Angebote“ auf und öffnen Sie das Cosinex Bietertool VMP. In diesem Tool können Sie auf die Ausschreibungsunterlagen zugreifen bzw. diese herunterladen. Das Tool leitet Sie durch die Angebotsabgabe: Basisdaten und Dokumente zum Angebot, Abgabe des Angebots. Die Übermittlung des Angebots erfolgt unter dem Menüpunkt „Angebote“ über das von der Vergabeplattform zur Verfügung gestellten Bietertools.
- 3.4. Das Angebot muss formgerecht eingegangen sein, insbesondere muss das Angebot in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abgefasst sein. Bei digitalen Angeboten über das Portal ist die Einhaltung der Textform nach § 126b BGB grundsätzlich ausreichend. Danach muss die Person des Erklärenden an den entsprechenden Stellen in den Vergabeunterlagen namentlich hervorgehen. Eine eigenhändige Unterschrift ist nicht erforderlich. Die zur Verfügung gestellten Anlagen enthalten ausfüllbare Formularfelder. Nachdem eine Angebotsunterlage ausgefüllt wurde, kann sie beispielsweise über die Funktion „Drucken“ in ein PDF-Dokument umformatiert werden.
- 3.5. Für das Angebot sind die von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.
- 3.6. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten. Es werden grundsätzlich nur über das DTVP-Portal digital eingereichte Angebote gewertet. Verspätet eingegangene Angebote werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat den nicht fristgerechten Eingang nicht zu vertreten (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO).

Maßgeblich für den fristgerechten Eingang eines elektronisch übermittelten Angebots ist der Zeitpunkt, an dem das Hochladen des Angebots über das Bietertool vollständig abgeschlossen ist. ACHTUNG: Sollten beim Hochladen technische Schwierigkeiten auftreten, können Angebote nicht in einer anderen Form eingereicht werden. In diesem Fall sind der Auftraggeber bzw. der Support zu kontaktieren.

- 3.7. Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist berichtigt, geändert oder zurückgezogen werden. Berichtigungen oder Änderungen des Angebots sind dem Auftraggeber in der gleichen Form wie für das Angebot vorgegeben zuzustellen. Bei digitalen Angeboten ist das aktualisierte Angebot neu unter dem Menüpunkt „Angebote“ des Projektraums unter Verwendung des Bietertools hochzuladen bzw. dort mit den aktualisierten Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Soll ein Angebot zurückgenommen werden, ist das hochgeladene Angebot zu löschen.
- 3.8. Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben.
- 3.9. Fragen zu den Vergabeunterlagen oder zum Vergabeverfahren können innerhalb der angegebenen Fristen ausschließlich per E-Mail über den Menüpunkt „Kommunikation“ des Projektraums des Deutschen Vergabeportals zum vorliegenden Vergabeverfahren gestellt werden. Hierfür ist eine kostenlose Registrierung unter dem Menüpunkt „Teilnehmen“ erforderlich. Danach eingehende Fragen müssen nicht mehr beantwortet werden. Die Fragen und Antworten werden in einem Fragen-/Antwortkatalog gesammelt und den potentiellen Bietern fortlaufend zur Kenntnisnahme im Bereich der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt. Sofern ein Bieter über den Menüpunkt „Teilnehmen“ in Bezug auf das vorliegende Vergabeverfahren registriert ist, wird er über Antworten auf Bieterfragen sowie sonstige Änderungen der Vergabeunterlagen automatisch per E-Mail informiert. Anderenfalls obliegt es ihm, sich selbst über mögliche Antworten auf eingegangene Bieterfragen bzw. Änderungen der Vergabeunterlagen, die im Projektraum im Bereich „Kommunikation“ zur Kenntnisnahme bereitgestellt werden, zu informieren.

4. Inhalt und Aufbau des Angebots; Überprüfung durch Auftraggeber

Die erforderlichen Unterlagen des einzureichenden Angebots sind zusammenfassend auf Seite 13 dieses Dokuments aufgelistet.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen eines Aufklärungsersuchens die Plausibilität eines eingereichten Angebots zu überprüfen, indem er sich die Stundenverrechnungskalkulation des Bieters vorlegen lässt. Die Möglichkeit zu weiteren Aufklärungsersuchen durch den Auftraggeber bleibt unbenommen.

5. Bietergemeinschaften

- 5.1. Bietergemeinschaften sind zugelassen. Es gibt keine Vorgaben über die Rechtsform der Bietergemeinschaft.
- 5.2. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine gemeinsame Erklärung (Anlage 2) abzugeben,
- a. in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - b. in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,

- c. dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- d. dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen und
- e. dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.3. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen muss bei jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gegeben sein.

6. Einsatz von Unterauftragnehmern

Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist in begrenztem Umfang zulässig. Mit Einreichung des Angebots sind dem Auftraggeber die Teile des Auftrags, die im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigt sind, sowie die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Die Namen, die Kontaktdaten, die gesetzlichen Vertreter der Unterauftragnehmer sind hierbei mitzuteilen. Änderungen im Rahmen der Auftragsausführung auf der Ebene der Unterauftragnehmer sind ebenfalls dem Auftraggeber mitzuteilen. Bitte füllen Sie hierzu die Anlage Nr. 10 aus. Der Einsatz eines Unterauftragnehmers bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber behält sich vor, den Einsatz eines bestimmten Unterauftragnehmers zu untersagen, soweit dieser

- a) nicht zur Führung des Gütezeichens RAL-GZ 902 oder DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig berechtigt ist (Nachweis erforderlich);
- b) nicht über drei beanstandungslose Referenzen über vergleichbare Leistungen innerhalb der vergangenen drei Jahre verfügt (Eigenerklärung erforderlich);
- c) nicht die Eigenerklärung über rechtskräftige Verurteilungen (Anlage 4) abgibt;
- d) andere sachliche Gründe vorliegen, die ein Untersagen rechtfertigen.

Entsprechende Nachweise bzw. Eigenerklärungen des Unterauftragnehmers sind mit Abgabe des Angebots durch den Bieter einzureichen (siehe Anlage 10).

7. Nebenangebote

Nebenangebote und Alternativangebote sind nicht zugelassen.

8. Unzulässige Absprachen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung

beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

9. Eignung und Eignungsnachweise

- 9.1. Zur Beurteilung der Eignung sind vom Bieter Angaben und Erklärungen zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen zu machen und zusammen mit dem Angebot abzugeben.
- 9.2. Fachkundig ist ein Bieter, der umfassende und aktuelle Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten für die zu erbringende Leistung nachweist, um diese fachgerecht vorzubereiten und auszuführen.
- 9.3. Leistungsfähig ist ein Bieter, der den Auftrag fachlich einwandfrei und fristgerecht ausführen kann.
- 9.4. Zum Nachweis der Eignung hat der Bieter ferner folgende Unterlagen einzureichen:
 - Eigenerklärung, dass nur Personal eingesetzt wird, das keine Eintragungen über rechtskräftigen Verurteilungen wegen einer Straftat nach §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 184j, 184k, 184l, 201a Absatz 3, den §§ 225, 232 bis 233a, 234, 235 236 oder §§ 242 bis 248c des Strafgesetzbuchs in einem erweiterten Führungszeugnis nach § 30a Abs. 1 BZRG aufweist (**Anlage 4**). Der Auftragnehmer lässt sich spätestens alle drei Jahre ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis vorlegen;
 - Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (**Anlage 5**);
 - Eigenerklärung, wonach durch den Auftragnehmer nur Reinigungspersonal eingesetzt wird, welches über ausreichenden Impfschutz gegen Masern oder ab der Vollendung des ersten Lebensjahres eine Immunität gegen Masern aufweist. Näheres regelt § 20 Abs. 8 Infektionsschutzgesetz („IfSG“). Reinigungspersonal, das vor dem 01. Januar 1971 geboren ist, ist von dieser Regelung befreit. (**Anlage 6**)
 - Nachweis der Handelsregistereintragung, sofern es sich um ein eintragungspflichtiges Unternehmen handelt (Nachweis nicht älter als 12 Monate). Nicht in das Handelsregister eintragungspflichtige Kleinunternehmen haben die Gewerbebeanmeldung (einschließlich Änderungen) vorzulegen.
 - Aktueller Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung, die folgende Mindestsummen abdeckt: Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden EUR 2.000.000,00 sowie Schlüsselrisiko EUR 125.000,00

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister zum Nachweis, dass keine Eintragungen darin vorliegen, die gegen eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sprechen.
 - Personalqualifikation: Angabe der Anzahl der vorgesehenen Gebäudereinigungskräfte sowie Übersicht der Schulungen der Reinigungskräfte, die den Auftrag ausführen werden (**Anlage 7**).
 - Berechtigung zur Führung des Gütezeichens RAL-GZ 902 oder DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig
 - Mindestens drei Referenzen über vergleichbare Leistungen aus den vergangenen drei Jahren (**Anlage 8**)
- 9.5. Die Bieter erklären mit der Angebotsabgabe, dass keiner der in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. §§ 123, 124 GWB genannten Ausschlussgründe (strafrechtliche Tatbestände/Verstöße gem. § 123 GWB und fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 GWB) einschließlich § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes auf sie zutrifft (**Anlage 5**).
- 9.6. Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, sind die Nachweise und Erklärungen zur wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen auch für diese Unternehmen bereits mit dem Angebot vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen nachweisen, dass diese Unternehmen die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stellen werden. Im Falle der Inanspruchnahme zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit müssen der Bieter und das im Wege der Eignungsleihe in Anspruch genommene Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung haften. Überdies muss das im Wege der Eignungsleihe in Anspruch genommene Unternehmen erklären, im Auftragsfalle eine Haftpflichtversicherung nach Maßgabe von Ziffer 9.4. Spiegelstrich 5) abzuschließen. Vordrucke für die im Falle der Eignungsleihe abzugebenden Erklärungen finden sich in der Anlage 3 zu diesen Vergabeunterlagen. Ist ein benanntes Unternehmen nach Einschätzung des Auftraggebers nicht geeignet oder liegen Ausschlussgründe nach § 31 UVgO i.V.m. §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vor, muss das Unternehmen durch den Bieter innerhalb einer von dem Auftraggeber gesetzten Frist ersetzt werden.
- 10. Fristen, Eröffnungstermin und Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**
- 10.1. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote berichtigt, geändert oder zurückgezogen werden.

- 10.2. Ist bei einer Angebotsfrist die Uhrzeit nicht genannt, so läuft die Angebotsfrist um 24 Uhr ab. Fällt die Angebotsfrist auf einen Sonn- und/oder Feiertag, so endet die Angebotsfrist am darauffolgenden Werktag um 24 Uhr.
- 10.3. Die Bindefrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist und beträgt sechs Wochen. Bis zum Ablauf der Bindefrist sind Sie an Ihr Angebot gebunden. Das Angebot kann in dieser Zeit nicht geändert oder zurückgezogen werden.
- 10.4. Die Anwesenheit von Bietern im Eröffnungstermin ist nicht gestattet.

11. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots (Zuschlagskriterium)

- 11.1. Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot. Das wirtschaftlichste Angebote ist dasjenige Angebot, welches die meisten Punkte im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbewertung erreicht.
- 11.2. Das Zuschlagskriterium „Preis“ ist folgendermaßen gewichtet: 100 %. Die Gewichtung setzt sich zu 70-%-Punkten aus dem Kriterium „Summe jährlicher Nettopauschalpreis“ sowie zu 30-%-Punkte aus dem Kriterium „Stundensatz für Sonderreinigungen“ zusammen. Der „Stundensatz für Sonderreinigungen“ wird ermittelt aus der Summe aus einem „Stundensatz Fachkraft (netto)“ und einem „Stundensatz Hilfskraft (netto)“, die durch zwei geteilt wird.
- 11.3. Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbewertung wird ausschließlich der Preis bewertet. Die „Summe jährlicher Nettopauschalpreis“ umfasst den Preis für sämtliche in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Unterhalts- und Grundreinigungen für den Zeitraum von 12 Monaten mit Ausnahme von Sonderreinigungen. Die Stundensätze für Sonderreinigungen sind als Nettowert anzugeben.
- 11.4. Der jährliche Nettopauschalpreis und die Stundensätze für Sonderreinigungen sind im Preisblatt anzugeben (Anlage 1).
- 11.5. Das günstigste Angebot erhält 100 Punkte. Dieser Wert entspricht gleichzeitig der maximal erreichbaren Gesamtpunktzahl. Für die preislich nachfolgenden Angebote wird die Punktzahl wie folgt bestimmt:

$$\text{Punktzahl jährl. Nettopauschalpreis Bieter XY} = \frac{\text{niedrigster jährl. Nettopauschalpreis} \times 100}{\text{jährl. Nettopauschalpreis Bieter XY}}$$

$$\text{Punktzahl Stundensatz Sonderreinigung Bieter XY} = \frac{\text{niedrigster Nettostundensatz Sonderreinigung} \times 100}{\text{Nettostundensatz Sonderreinigung Bieter XY}}$$

$$\text{Gesamtpunktzahl Preis Bieter XY} = \text{Punktzahl jährl. Nettopauschalpreis Bieter XY} \times 0,7 + \text{Punktzahl Stundensatz Sonderreinigung Bieter XY} \times 0,3$$

12. Sonstiges

Die Vergabeunterlagen der Vergabestelle dürfen nur zur Erstellung des Angebots benutzt werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Benutzung für andere

Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der ausschreibenden Stelle nicht statthaft.

V. Leistungsbeschreibung

Die detaillierte Leistungsbeschreibung entnehmen Sie bitte der Anlage 9. Die Flächenverzeichnisse können ebenfalls als Anlagen entnommen werden.

IV. Vertragsbedingungen

1. Leistungsumfang

Der Auftragnehmer schuldet einen Reinigungserfolg im Sinne der Sauberkeit von Räumen mit von ihm auszusuchendem Personal und unterliegt insoweit nicht den Weisungen des Auftraggebers. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung.

2. Änderungen

Änderungen der Reinigungsfläche oder der Reinigungshäufigkeit sind dem Auftragnehmer mindestens zwei Wochen vor Inkrafttreten, bei einer geplanten Minderung von mehr als 10% des Gesamtauftragsvolumens mindestens vier Wochen vor Inkrafttreten, schriftlich (E-Mail ausreichend) mitzuteilen. Im Falle einer Erweiterung der Reinigungsfläche einigen sich die Vertragsparteien einvernehmlich über eine Anpassung der Vergütung.

3. Haftung/Versicherung

- 3.1. Kommt der Auftragnehmer seiner vertraglichen Pflichten aus eigenem Verschulden nicht nach, so ist der Auftraggeber – unabhängig von einem etwaigen Kündigungsgrund – befugt, die Reinigung der betroffenen Bereiche auf Kosten des Auftragnehmers durchführen zu lassen. Das gleiche gilt, wenn der Auftragnehmer sonstige Pflichten aus diesem Vertrag trotz schriftlicher Mahnung verletzt. Der Auftragnehmer ist gegenüber dem Auftraggeber für die einwandfreie Durchführung der Reinigungsleistung allein verantwortlich.
- 3.2. Der Auftragnehmer trägt das Risiko aus der Tätigkeit selbst. Dies umfasst die volle Haftung für alle Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die ihm oder anderen Personen einschließlich des eigenen Personals aus der Verletzung seiner Pflichten entstehen.

4. Vergütung

- 4.1. Das vom Auftraggeber an den Auftragnehmer zu zahlende Entgelt entspricht einem Pauschalpreis entsprechend der Angaben im Preisblatt zuzüglich Umsatzsteuer, welcher sämtliche Leistungen abdeckt. Etwaige Sonderreinigungen werden aufwandsabhängig vergütet.

- 4.2. Die Rechnungstellung durch den Auftragnehmer erfolgt monatlich und innerhalb von vier Wochen. Die Rechnung ist in nachvollziehbarer Form vorzulegen. Die Vergütung wird binnen 4 Wochen nach Eingang der Rechnung beglichen, soweit die Prüfung der Rechnung durch den Auftraggeber zu keiner Beanstandung geführt hat. Sonderreinigungen werden gesondert in Rechnung gestellt.
- 4.3. Der Auftragnehmer hat alle für die ordnungsgemäße Leistungserfüllung erforderlichen Gerätschaften und sonstige Ausrüstungsgegenstände sowie das erforderliche Personal auf eigene Kosten zu beschaffen und zu unterhalten und während der gesamten Vertragslaufzeit vorzuhalten.
- 4.4. Preisangaben sind im Angebotsschreiben als Nettowert einzutragen.
- 4.5. Zwingende Arbeitsbedingungen, wie etwa eine tarifmäßige Vergütung gemäß Gebäudereinigungsarbeitsbedingungenverordnung („GebäudeArbbV“) in der jeweils gültigen Fassung sind einzuhalten.

5. Vertragsdauer

- 5.1. Der Leistungserbringung beginnt am 01. September 2026 und hat eine Laufzeit bis zum 31. August 2029.
- 5.2. Eine vorzeitige Kündigung ist aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Vertragspartner grob oder trotz Abmahnung wiederholt gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen hat.
- 5.3. Kündigungen bedürfen der Schriftform.

6. Schlussbestimmungen

- 6.1 Die im Rahmen der Ausschreibung erteilten Antworten auf Bieterfragen werden Bestandteil dieses Vertrages. Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht zulässig und haben keine Gültigkeit.
- 6.2 Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für Änderungen dieses Schriftformerfordernisses.
- 6.3 Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sind nur mit Zustimmung des Vertragspartners übertragbar.
- 6.4 Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.
- 6.5. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen

unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

VI. Rechtliche Grundlagen

Die Leistungen des Auftragnehmers sind gemäß folgender vertraglicher Regelungen zu erbringen, die allesamt Bestandteil der Vergabeunterlagen sind:

- diesen Vergabeunterlagen, einschließlich der aktualisierten Antworten auf Bieterfragen und in der Folge ggf. vorzunehmender Konkretisierungen;
- dem Angebotsschreiben des Bieters;
- den Erklärungen zur Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Bieters;
- gesetzlichen Vorschriften;
- einschlägigen Normen und Standards wie beispielsweise DIN-Normen und der aktuelle Stand der Technik.

Es gilt deutsches Recht.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters finden keine Anwendung. Die Vergabeunterlagen dürfen nicht abgeändert werden. Eine Änderung der Vergabeunterlagen führt zwingend zum Ausschluss Ihres Angebots. Die Vorlage Ihrer AGB stellt eine solche Veränderung der Vergabeunterlagen dar. Stellen Sie daher bitte sicher, dass Ihrem Angebot keine AGB beigelegt sind und in Ihrem Angebot an keiner Stelle auf Ihre AGB Bezug genommen wird.

VII. Liste der geforderten Erklärungen und Nachweise:

- Ausgefülltes Preisblatt (Anlage 1);
- Kurze Darstellung des Unternehmens;
- Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft entsprechende Erklärung (Anlage 2);
- Im Falle der Eignungslleihe jeweils relevante Erklärungen (Anlage 3);
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen rechtskräftiger Verurteilungen (Anlage 4).
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage 5);
- Nachweis der Handelsregistereintragung, sofern es sich um ein eintragungspflichtiges Unternehmen handelt (Nachweis nicht älter als 12 Monate). Nicht in das Handelsregister eintragungspflichtige Kleinunternehmen haben die Gewerbebeanmeldung (einschließlich Änderungen) vorzulegen.
- Aktueller Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung, die folgende Mindestsummen abdeckt: Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden EUR 2.000.000,00 sowie Schlüsselrisiko EUR 125.000,00
- Eigenerklärung zum Masernschutz (Anlage 6)
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister zum Nachweis, dass keine Eintragungen darin vorliegen, die gegen eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sprechen.
- Personalqualifikation: Angabe der Anzahl der vorgesehenen Gebäudereinigungskräfte sowie Übersicht der Schulungen der Reinigungskräfte, die den Auftrag ausführen werden. (Anlage 7)
- Berechtigungsnachweis zur Führung des Gütezeichens RAL-GZ 902 oder DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig
- Mindestens drei beanstandungslose Referenzen über vergleichbare Leistungen aus den vergangenen drei Jahren (Anlage 8)
- Im Falle des Einsatzes von Unterauftragnehmern: Erklärung über den Einsatz von Unterauftragnehmern (Anlage 10)

VIII. Anlagen

Anlage 1 – Preisblatt

Anlage 2 – Erklärung Bietergemeinschaft

Anlage 3 – Erklärung Eignungsleihe

Anlage 4 – Eigenerklärung über rechtskräftige Verurteilungen

Anlage 5 – Eigenerklärung über Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Anlage 6 – Eigenerklärung Masernschutz

Anlage 7 – Eigenerklärung Personalqualifikation

Anlage 8 – Eigenerklärung Referenzen

Anlage 9 – Leistungsbeschreibung

Anlage 10 – Erklärung über den Einsatz von Unterauftragnehmern

Anlagen zur Leistungsbeschreibung

- Gesamtfläche Förderschulzentrum
- Flächenverzeichnis L-Untergeschoß SKS
- Flächenverzeichnis G-Untergeschoss MKS
- Flächenverzeichnis S-Untergeschoß Maximilian-Kolbe Schule
- Flächenverzeichnis G-Erdgeschoß MKS
- Flächenverzeichnis S-Erdgeschoss MKS
- Flächenverzeichnis L-Erdgeschoß SKS
- Flächenverzeichnis L-Obergeschoß SKS
- Flächenverzeichnis G-Obergeschoß MKS
- Flächenverzeichnis SKS 9_2025